

Stadtgemeinde Cottbus  
Körperschaft des öffentlichen Recht  
Politische Vertretung  
Die Nachfahren der Angehörigen  
der ethnischen Minderheit  
aus dem Volke der Preußen  
W. Külz Str. 49

**Staatsanwaltschaft Potsdam**  
**Jägerallee 10-12**  
**14469 Potsdam**

13.12.2017

**Anzeige wegen Beseitigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung und mehrfach geplanter Völkermord durch den Verein Christlich demokratische Union und die Regierung des BUNDes**

Sehr geehrter Damen und Herren,

wir wissen aus mehreren persönlichen Erfahrungen, daß Anzeigen gegen Polizisten und Politiker von Ihnen nicht bearbeitet werden, weil Sie von der Legislative eingesetzt und jederzeit bei Mißfallen ersetzt werden. Sie sind politische "Beamte" und wie die Erfahrungen zeigen, ist nicht die Einhaltung von Recht und Gesetz Ihre oberste Aufgabe sondern das sich die Erfüllung Ihrer Aufgaben in fortlaufender Übereinstimmung mit den für Sie einschlägigen grundlegenden kriminalpolitischen Ansichten und Zielsetzungen der Regierung befindet (Beweis: Quelle, Internetseite des Generalanwaltes des BUNDes. " Der Generalbundesanwalt ist "politischer Beamter" (§ 54 Abs. 1 Nr. 5 BBG). Die beamtenrechtlichen Bestimmungen sehen vor, dass er sich in Erfüllung seiner Aufgaben in fortdauernder Übereinstimmung mit den für ihn einschlägigen grundlegenden kriminalpolitischen Ansichten und Zielsetzungen der Regierung befindet. Er kann jederzeit ohne nähere Begründung in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden.") Wir stellen trotzdem weiterhin Anzeigen, wenn Polizisten und Politiker gegen Gesetze verstoßen, um damit das Ausmaß der bandenmäßigen Kriminalität, von Judikative, Exekutive und Legislative, zur Beseitigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu dokumentieren.

**Unser Rechtsstand:**

Sollten Sie der Recht(s)vermutung unterliegen, daß wir in der juristischen Person=tote Sache=Firma (§ 28 PAuswV) handeln möchten und Deutsche nach Art.116/1 mit deutscher Staatsangehörigkeit vom 5.2.1934, und Staatenlose (Übereinkommen über die Rechtsstellung von Staatenlosen vom 28.9.1954) sind, dann widersprechen wir dieser diskriminierenden Annahme auf das entschiedenste.

Wir haben nachweislich dokumentarisch unseren Austritt aus der faschistischen deutschen Staatsangehörigkeit (5.2.1934) nach § 18 u.ff. StAG beantragt, doch diese Entnazifizierung und die Ausstellung der Urkunde (Urkundenunterdrückung, StGB), wird uns bis heute von der Verwaltung des BUNDes verweigert.

Denn das StAG der BRD beruft sich unter Täuschung auf das RuStAG von 1913, in welchem steht: „Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem BUNDESSTAAT besitzt“.

Demzufolge z.B. Preußen. Dem entgegen bezieht sich die Staatsangehörigkeit der BRD aber auf die illegale (Urteil des Tribunal General in Rastatt vom 06.01.1947) deutsche Staatsangehörigkeit des 3. Reich vom 05.02.1934 aus der Verordnung zum Gesetz zur Neuordnung des Reiches.

Nach Cestui Que Vie Act von 1666 haben wir uns nach kanonischem Recht, welches die Grundlage jeglichem europäischen Rechts darstellt, beim Vatikan unter Zeugen lebend gemeldet und deshalb wird unser Familienname in Sperrschrift geschrieben, um diese Unterscheidung klar zu dokumentieren.

Aus dieser Erkenntnis ist unumdeutbar herzuleiten, daß wir nicht mehr zum Eigentum des BUNDES (Artikel 133 Grundgesetz für die BRD) gehören, denn wir haben auf die Rechte und Pflichten der juristischen Person, Sache nach § 28 PAuswV, verzichtet.

Denn beschwerdefähig ist nur wer Träger von Grundrechten ist ( BVerfGE 129.78) Grundrechte dienen der Freiheitssphäre des einzelnen Menschen als natürliche Person gegen staatliche Gewalt (BVerfGE 15.256.21.262.59.231.61.82).

Zwangsmitgliedschaften sind in jedweden Vereinigungen unzulässig , Allgemeine Erklärung der Menschenrechte AEMR Art.20 Satz 2, Anerkenntnis der BRD durch Art. 25 Grundgesetz

Die öffentlich gewordenen 12 BAR Vermutungen, in Bezug auf die natürliche Person, weisen wir entschieden und widerlegt zurück.

Das ist ein öffentliches Schreiben mit entsprechend öffentlicher Erklärung und unterliegt keinem Privatrecht.

Wir haben eine Willenserklärung zur Anerkenntnis des Grundgesetz für die BRD geleistet und ziehen unsere Legitimation aus dem Art. 20 Abs. 4 des Grundgesetz für die BRD (Juristische Definition: Gesetz zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in einem besetztem Gebiet).

Wenn wir das Grundgesetz der BRD nennen, definieren wir damit immer, das letzte für dieses Territorium gültige oberste Gesetz in seiner legitimen von den Siegermächten gemachten Fassung von 1949. Welches wir durch unsere veröffentlichte Willenserklärung, auf Grund der darin enthaltenen Gewährleistung unserer unveräußerlichen Geburts, Grund, und Menschenrechte anerkennen. (<http://provinz-brandenburg.org/>)

Durch unsere Geburtsrechte haben wir entsprechend § 1 RuStaG von 1913, und Grundgesetz für die BRD, Art. 116/2 mit entgegengesetztem Willen zur deutschen Staatsangehörigkeit vom 05.02.1934 und Art.146 das Recht auf einen Verfassungsstaat, die preußische Staatsangehörigkeit des letzten legitimen preußischen Staates mit seiner Verfassung vom 30. November 1920. Aus dieser Rechzebene ziehen wir unsere Rechte und Pflichten als natürliche Person. Dieser Verfassungsstaat wurde rechtwidrig zerstört, um das 3. Reich zu installieren, welches dokumentarisch nachweislich, bis heute fortgeführt wird (ZDF Nachrichten vom 03.02.2012, BRD Dokumente mit Wasserzeichenadler des 3. Reich, deutsche Staatsangehörigkeit).

## **Zur Angelegenheit**

Der Verein Christlich demokratische Union hat in seinem Wahlprogramm auf Seite 62 die Doktrin aufgestellt, daß humanitäre Hilfe über Umsiedlung und Umzug stattfinden wird. Diese Worte wurden im Wahlprogramm extra in Englisch geschrieben, um sie der Allgemeinheit zu verschleiern.

Diese Doktrin wurde jetzt in das Regierungsprogramm Seite 63 übernommen.

Keine der Parteien oder deren Mitglieder haben gegen diese irrsinnige menschenverachtende Doktrin moniert.

Die stete Weigerung eine Obergrenze für Flüchtlinge festzusetzen steht hier im offenkundigem Zusammenhang.

Unter dem Aspekt, daß die Verwaltung nachweislich der Schuldenuhr Deutschland mindestens 2 Billionen Euro Schulden hat, demzufolge insolvent ist, weil keine Absicht der Rückzahlung erkennbar ist, würde der weitere Zuzug von nachweislich Hilfebedürftigen, den totalen Exodus für die deutschen Völker und der Nachbarländer bedeuten oder und letztlich bürgerkriegsähnliche Zustände hervorrufen. Die reine Bilanzierung, Schulden gegen Humankapital aufzurechnen zeigt das wahre verabscheuungswürdige Gesicht der Verwaltung und Firma (Aussage Gabriel). Die Konzentration dieses Humankapitals in Deutschland mit Umsiedlung zu forcieren, widerspricht jeglicher durch UN Charta autorisierter geforderter Fürsorgepflicht gegenüber den Einwohnern.

Die deutsche Wirtschaft ist nachweislich nicht in der Lage die humanitäre Hilfe unbegrenzt im eigenen Land für alle Flüchtlinge sicherzustellen.

Im Wissen um diese vorsätzlich der Ergebnisse, geplanten Ziele, wurde die Polizei nachweislich gegen jede Vernunft sukzessive reduziert, bis zur offenkundigen Handlungsunfähigkeit und die Bevölkerung wurde durch die Medien der Verwaltung aufgefordert Vorräte anzulegen. Die kriminelle Handlungen gegen die deutschen Völker und die in guten glauben an eine bessere Zukunft unter Vorspiegelung falscher Tatsachen angelockten anderen Völkerscharen, sind durch diese Tatsachen verifiziert. Die Planung des Szenarios des mehrfachen Völkermordes, entsprechend der Handlungs doktrin der Guidestones Georgia USA, „die Weltbevölkerung muß auf 500 Millionen reduziert werden“ ist offenkundig.

Deutschland ist der zweitgrößte Kriegswaffenproduzent und sorgt für Nachschub in den Krisengebieten dieser Welt. Damit werden die Flüchtlinge für Europa mobilisiert. Die Deutschen haben darauf keinen Einfluß und bedürfen nachweislich nicht nur der mentalen Hilfe.

Der nachweisliche Völkermord findet nicht nur in den Kriegsgebieten direkt statt, sondern nachhaltig durch die Entwurzelung der ethnischen Bevölkerung aus ihrer Heimat und Zwangsumsiedlung (finanzielles Anlocken) in ein anderes Territorium. Kultur, Sprache und Identität gehen damit nachhaltig verloren. Wir verweisen auf die Tatsachen aus der Geschichte.

Das gleiche Schicksal trifft dann die eigentliche Urbevölkerung des Territoriums der Neuansiedlung. Denn diese wird in kurzer Zeit die Minderheit sein und sich danach den neuen Gesetzen der Mehrheit unterordnen müssen und damit aufhören zu existieren. Wir verweisen auf die vielen Tatsachen aus der Geschichte, wo sich viele Forscher noch heute fragen, weshalb denn plötzlich eine blühende Zivilisation aufgehört hat zu leben.

Die Bevölkerung des Territoriums Deutschland in den Grenzen vom 31.12.1937 hat nachweislich keinen Einfluß auf die Doktrin der Parteien. Volksentscheide kann es in einem Territorium, welches nachweislich unter Besatzungsstatut steht nicht geben. (Aussage Gysi, Schäuble, Gabriel) Diese haben nachweislich Eigeninteressen und werden fremd gesteuert. (Aussage Seehofer)

Das Grundgesetz ist im Territorium keine Richtschnur des Handelns, der Art. 146 wird mit aller zur Verfügung stehender Macht verhindert. Hier ist besonders die Institution Staats und Verfassungsschutz zu nennen. Anfragen an diese, ob sie die deutschen Völker seit 70 Jahren vor einem Staat und Verfassung schützen, wurden bezeichnender Weise nicht beantwortet.

Wir fordern von Ihnen die Rückkehr zur freiheitlich demokratischen Grundordnung und das gesetzliche Einschreiten gegen die Beseitigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung und den Schutz der Menschen, welche den Art 146 des Grundgesetz für die BRD umsetzen wollen.

Durch dieses Schreiben ist Ihre und die Ihrer Angestellten grundgesetzlich geschützte Würde nicht angegriffen worden.

Es stellt auch keine Nötigung dar. Denn die Nötigung ging allein von der Verwaltung des BUNDES unter verschleierte Glaubhaftmachung BRD aus, zu Lasten der Menschen, natürlichen Personen, nicht Gewährleistung ihrer grundgesetzlich garantierten Geburts. Grund, und Menschenrechte, als dokumentarisch nachgewiesene Preußen.

Durch den juristischen Grundsatz, wer nicht widerspricht, erkennt an, ist dieses Schreiben juristisch legitimiert, als Abwehrmaßnahme gegen „staatliche“ Verwaltungsgewalt.

Das Recht für die Feststellung der oben genannten Tatsachen wird aus dem Art. 20 Abs. 4 des Grundgesetz für die BRD gezogen.

Jeder haftet persönlich, vor Gott und den Menschen, für sein Handeln oder Unterlassen.

Ihre Entehrung haben wir nicht zu vertreten.

Es obliegt Ihnen allein die Wiederherstellung Ihrer Ehre zu vollziehen und die Heilung einzuleiten.

Mit freundlichem Gruß

Die nachgewiesenen legitimen Nachfahren  
der Angehörigen der ethnischen Minderheit  
aus dem Volke der Preußen